

Landratsamt HAS meint: "Längst eine lächerliche Grotteske"



Hassfurt/Pfarrweisach Im Streit zwischen dem Landratsamt Haßberge und Pfarrweisachs Bürgermeister Hermann Martin um einen im Gemeindeteil Rabelsdorf "schwarz" errichteten Maschendrahtzaun hat sich der Ton nochmals verschärft. Das Ganze sei "absolut lächerlich" und habe nun "endgültig groteske Formen angenommen", so Martin Schulze-Röbbecke, Sprecher der Kreisbehörde.

Am Mittwoch war (wie bereits berichtet) eine Eingabe vor dem Petitionsausschuss des Bayerischen Landtags gescheitert, mit der ein Bürger aus Nordrhein-Westfalen erreichen wollte, dass Hermann Martin ein Bußgeld über 150 Euro erspart bleibt. Dieses war dem Pfarrweisacher Bürgermeister vom Landratsamt aufgebrummt worden, nachdem er ohne Genehmigung den Bau eines Zauns um die Schilfkläranlage des Gemeindeteils Rabelsdorf veranlasst hatte. Die von den Behörden wegen schlechter Klärwerte lediglich geduldete Anlage ist seit Jahren ein Streitobjekt zwischen den Behörden und den 120 Rabelsdorfern, die die Kläranlage mit erheblichen Eigenleistungen angelegt haben.

Nach der Sitzung des Petitionsausschusses bekräftigte Bürgermeister Martin, das Bußgeld unter keinen Umständen bezahlen und "lieber ins Gefängnis gehen" zu wollen. Auch vom evangelischen Gemeindepfarrer Jürgen Blechschmidt erhält Martin weiterhin volle Unterstützung. "Am liebsten würden ich und einige weitere Gemeindemitglieder für den Bürgermeister ins Gefängnis gehen und ihm so diese unsinnige Strafe

abnehmen", erklärte der für Rabelsdorf zuständige Pfarrer dem *Bote vom Haßgau* gegenüber. Da dies rechtlich jedoch nicht möglich sei, werde er nun mit Martin das weitere Vorgehen neu besprechen.

"Einfach albern" sei dieses "Gefängnis-Gerede", ist die Reaktion aus dem Landratsamt. "Auch wenn das Amtsgericht das Bußgeld für rechtmäßig erklärt, und Martin trotzdem immer noch nicht zahlt, kommt eine Haftstrafe nicht in Frage", erklärt Schulze-Röbbecke. "Es handelt sich um ein schlichtes Bußgeldverfahren, da sieht das Gesetz auch als ultimative Maßnahme einfach keine Haft vor". Bürgermeister Martin gebärde sich wie ein Märtyrer, doch weder Amtsgericht noch Landratsamt könnten ihm leider dabei helfen, so der Pressesprecher ironisch. "Vielleicht werden sein Auto oder sein Handy gepfändet - aber einsitzen muss er ganz sicher nicht".

Warum Hermann Martin nicht einsichtig sei und das sowieso schon von 500 Euro auf das absolute Minimum von 150 Euro reduzierte Bußgeld nicht zahle, bleibe wohl das Geheimnis des Bürgermeisters, so Schulze-Röbbecke weiter. "Anscheinend versucht er den ganz normal arbeitenden Staat vorzuführen und lächerlich zu machen - macht sich damit inzwischen aber selbst immer mehr zum Popanz des Landkreises".

Auch das Verhalten von SPD-Abgeordneten des Petitionsausschusses des Landtags griff Schulze-Röbbecke im Gespräch mit dem *Bote vom Haßgau* an: "Dass diese Herren auf einen obskuren Briefschreiber aus NRW abfahren, ist für mich unerklärlich". Kein einziges Mitglied des Ausschusses habe sich beim Landratsamt über den Sachverhalt erkundigt, allein deshalb sei die anschließende Presseerklärung der SPD-Landtagsfraktion für ihn "eine Lachnummer" gewesen.

Als nächstes wird nun das Amtsgericht Haßfurt das gegen Hermann verhängte Bußgeld auf seine Rechtmäßigkeit hin überprüfen. Da es so aussieht, als ob beide Fronten bis zum Äußersten gehen wollen, wird der Streit, über den längst deutschlandweit berichtet wird, wohl bald in eine neue Runde gehen.